



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 127'091
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10
Abo-Nr.: 1077515
Seite: 1
Fläche: 18'766 mm²

Weitere Massnahmen Brüssels gegen Iran

Ein Verbot von Erdöl-Importen in den EU-Raum

Die EU geht mit verschärften Massnahmen gegen Iran vor in der Hoffnung, dessen Regime dazu zu zwingen, eine internationale Überwachung seiner Nuklearpolitik zuzulassen. Für den Fall eines Einlenkens zeigt die EU Gesprächsbereitschaft.

B. A. Brüssel · Die Aussenminister der EU haben am Montag in Brüssel die Sanktionen gegen Iran verschärft. So wird der Import iranischen Öls und petrochemischer Produkte ab dem 1. Juli verboten. Das betrifft vorab Italien, Spanien und Griechenland. Iran ist laut den jüngsten verfügbaren Zahlen der Internationalen Energie-Agentur weltweit der viertgrösste Produzent und der drittgrösste Exporteur von Erdöl und verwandten Produkten. Der deutsche Aussenminister Westerwelle sagte in Brüssel, Iran setze gut einen Viertel seiner Exporte in die EU ab.

Das unmittelbare Ziel der Sanktio-

nen besteht darin, dem Regime in Teheran den Geldhahn weiter zuzudrehen. Der Ölsektor ist eine der wichtigsten Einnahmequellen des iranischen Staates. Ebenfalls im Bestreben, die Geldströme zu erschweren, wird die EU Guthaben der iranischen Zentralbank einfrieren. Zum Strauss der neuen Massnahmen zählt ferner das Verbot für Firmen im EU-Raum, mit staatlichen Stellen oder der Zentralbank Irans Geschäfte in Gold, Edelmetallen oder Diamanten abzuwickeln. Verboten wird zudem die Herstellung und Lieferung iranischer Banknoten und Münzen. Die Repräsentantin der EU für Aussenpolitik, Ashton, nannte die neuen Sanktionen beispiellos. Sie hob jedoch hervor, Iran habe es in der Hand, sich jederzeit von den Massnahmen zu befreien, indem es sein Atomprogramm internationaler Kontrolle unterstelle.

Aussenminister Westerwelle sagte, es sei inakzeptabel, dass Teheran sich die Option offenhalte, eine Atombombe zu bauen. Auf dem Spiel stehe nicht nur

die Stabilität im Nahen und Mittleren Osten, sondern die weltweite Sicherheit. Der Verzicht auf die Bombe müsse nachprüfbar sein; es gehe um völkerrechtliche Verpflichtungen, die Iran eingegangen sei und verletze. Ähnlich wie Ashton hebt Westerwelle jedoch stets hervor, dass Iran sehr wohl das Recht habe, nukleare Technik für zivile Zwecke zu entwickeln und zu nutzen.

Die bisherigen Sanktionen der EU, der Uno und der USA haben das theokratische Regime in Teheran nicht von seinem Kurs abgebracht. Das heisst nicht, dass die Massnahmen dem Land und der Wirtschaft nicht hohe Kosten aufbürden würden. Auch Syrien wurde am Montag mit schärferen Massnahmen belegt. Gegenüber Burma hingegen kündigten die Aussenminister am Montag eine vorsichtige Lockerung der Sanktionen an. Die Freilassung politischer Gefangener sei ein entscheidender Schritt Richtung Reformen.